



# **JUNGES WAHLPROGRAMM DER JUSOS HAMBURG FÜR DIE BÜRGERSCHAFTSWAHL 2011.**

## **INHALTSVERZEICHNIS\***

I. Allgemeines .....	Seite 3
II. Wirtschaftsstandort Hamburg .....	Seite 4
III. Arbeit und Ausbildung in Hamburg .....	Seite 5
IV. Bildung in Hamburg .....	Seite 6
V. Stadtentwicklung in Hamburg .....	Seite 8
VI. Zusammenleben in Hamburg .....	Seite 9
VII. Europa und Hamburg .....	Seite 12

---

Herausgeber\*

Jusos Hamburg  
Kurt-Schumacher-Allee 10  
20097 Hamburg

*Beschlossen auf der Landesdelegiertenkonferenz  
am 18. Dezember 2010*

*Layout: Malte Auer*

# I. ALLGEMEINES



© Bernd-Sterz | PIXELIO

## **Vorwort\***

Die CDU hat Hamburg mit wechselnden Regierungspartnern zehn Jahre lang politisch und finanziell gegen die Wand gefahren. Übrig bleibt der traurige Rest eines Senates, der es niemals verstanden hat, Hamburg gerecht, ökologisch und liberal zu regieren. Die Einführung von Studiengebühren, dramatische Rückgänge im sozialen Wohnungsbau, die Erhöhung der Kita-Gebühren, sowie unsoziale und unüberlegte Sparpakete sind einige Beispiele, für eine gegen die Schwachen der Gesellschaft und gegen die Zukunft gerichteten Politik. Durch das finanzpolitische Desaster "HSH-Nordbank", den Bau der Elbphilharmonie, einer völlig verfehlten "Leuchtturmpolitik" und schlicht und ergreifend durch Misswirtschaft, wurde die Substanz der Stadt ausgehöhlt. **Wer zukünftig Hamburg gestalten möchte, muss nicht nur sagen was er ändern möchte, sondern auch wie er es finanzieren will.** Diese Aufgabe gilt es für die SPD zu meistern. Wir müssen die soziale Balance der Stadt wieder herstellen, gleichzeitig die Finanzen der Stadt konsolidieren und den Bürgerinnen und Bürgern des Vertrauen in eine verlässliche und nachhaltige Politik zurückgeben. Ein "Weiter so!" kann und darf es für Hamburg nicht geben.

## II. WIRTSCHAFTSSTANDORT HAMBURG



### **Solide Finanzen\***

Die Finanzen der Stadt Hamburg wurden in den Jahren der CDU-Regierung ruiniert. Öffentlich wurde stets vom Sparen in allen Bereichen gesprochen, doch die Kürzungen trafen vor allem soziale Projekte, während mit der anderen Hand Klientelpolitik betrieben wurde. Dieser einseitige Sparkurs ist nicht nur politisch fatal, sondern führt Hamburg auch finanziell in eine desaströse Lage. Das Ergebnis ist ein Haushalt, der Hamburg in den finanziellen Ruin treibt, wenn er so fortgeschrieben wird. **Sozialer Ausgleich und politische Gestaltung** setzen aber solide Finanzen voraus. Deshalb unterstützen wir Jusos einen **sozialen Sparkurs für Hamburg**. Nur wenn es gelingt, die Schieflage in den Griff zu bekommen, können auch künftige Generationen Hamburg gerecht gestalten.

### **Starke Wirtschaft\***

Hamburg hat eine starke und dynamische Wirtschaft. Dies ist das Ergebnis jahrzehntelanger sozialdemokratischer Verantwortung im Senat. Unter schwarz-grün wurde die strategische wirtschaftliche Entwicklung Hamburgs sträflich vernachlässigt, weshalb sich neue Unternehmen immer seltener in Hamburg ansiedelten. Wir Jusos wissen, dass eine starke Wirtschaft die notwendige Voraussetzung für ein stabiles und lebendiges Hamburg ist. Die Elbe ist die Schlagader der Hamburger Wirtschaft. **Deshalb stehen wir für die Elbvertiefung**. Hamburg muss sich verstärkt bei dem Thema Tiefseehafen engagieren und bei dem Thema eine Vorreiterrolle einnehmen. Wir wollen auch vermehrt neue Industrien ansiedeln und setzen uns für den **Aufbau eines Clusters erneuerbarer Energien in Hamburg** ein.

### **Erfolgreicher Medienstandort\***

Hamburg muss wieder ein attraktiver Kreativstandort werden. Der schwarze-grüne Senat hat hier viel Vertrauen verspielt. Die verfehlte Politik des Senates gipfelte in einer beispiellosen Medienflucht nach Berlin. Der einzigartige Medienstandort war stets Arbeitgeber, Kreativmotor und in hohem Maße identitätsstiftend für Hamburg. Diese bereichernde Vielfalt wollen wir Jusos schützen, wiedergewinnen und ausbauen. Denn nur so bleibt Hamburg eine **freie und weltoffene Stadt**, die sowohl Künstlerinnen und Künstler als auch Medienschaffende anzieht. Wir werden uns dafür einsetzen, dass wieder ein **vertrauensvoller Dialog zwischen Medienschaffenden** und der Politik in Gang gesetzt wird und Rahmenbedingungen verbessert werden.

## III. ARBEIT UND AUSBILDUNG IN HAMBURG

### **Gute Arbeit\***

Wir Jusos setzen uns für die **Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes** ein. Es muss Ziel einer sozialdemokratischen Politik sein, dass jede und jeder anständig von seinem Einkommen leben kann. Der Mindestlohn dient zudem auch der Stärkung der Binnennachfrage. Für uns Jusos stellt die Einführung des Mindestlohnes nicht nur ein Gebot der Gerechtigkeit und der Solidarität, sondern auch der ökonomischen Vernunft dar.

### **Faire Ausbildung\***

Hamburg ist ein begehrter Ausbildungsstandort für zahlreiche junge Menschen. Gleichzeitig ist Hamburg eine der teuersten Städte in Deutschland. Die Ausbildungsvergütung reicht für viele Auszubildende nicht aus. Deshalb brauchen wir in Hamburg für Auszubildende eine ähnliche Infrastruktur wie die bestehende für Studierende. Dazu gehört ein **Auszubildendenwerk und die Einrichtung von Auszubildendenwohnheimen**. Die Chancen für Hamburger Jugendliche auf einen Ausbildungsplatz müssen deutlich erhöht werden. Wir wollen daher ausbildende Unternehmen unterstützen, insbesondere solche, die gezielt Ausbildungsplätze für schwer vermittelbare Jugendliche schaffen. Hierfür soll der Senat auch die Möglichkeit einer **Ausbildungsumlage zwischen den Unternehmen** ins Auge fassen. Gemeinsam mit den Kammern und Ausbildungsvertretern wollen wir dafür sorgen, dass Ausbildungsberufe nicht zerstückelt werden. Wir wollen außerdem ermöglichen, dass ein **Studium ohne Abitur** mit einer abgeschlossenen Ausbildung in vielen Bereichen möglich ist und somit die Durchlässigkeit im gesamten Bildungssystem erhöhen.

## IV. BILDUNG IN HAMBURG



### ***Studiengebühren abschaffen\****

**Studiengebühren sind unsozial.** Dies gilt nicht nur für die allgemeinen, sondern auch für die nachgelagerten Studiengebühren. Studiengebühren halten nachweislich Interessierte aus bildungsfernen Schichten und Frauen vom Studium ab - zwei Schritte in die falsche Richtung! Studiengebühren führen zu Selektion und laufen dem Recht auf eine freie Bildung zuwider. Wir setzen uns dafür ein, dass **Bildung frei von Hürden** ist und alle, **unabhängig von ihrem Einkommen**, die **gleichen Chancen** erhalten. Wir setzen uns für einen **durchdachten und langfristig angelegten Finanzierungsplan** ein, der zusammen mit den Universitäten entwickelt wird, die weggefallenen Studiengebühren kompensiert und den Universitäten die Ausfinanzierung garantiert, die sie zur Erfüllung Ihrer gesellschaftlichen Aufgaben benötigen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Bildungsausgaben erhöht werden und Durchlässigkeit der Bildungssysteme gewährleistet wird.

### ***Bachelor und Master reformieren\****

Wir Jusos lehnen die Bachelor- und Masterabschlüsse nicht ab, sondern begleiten diese Reform kritisch und begreifen sie als Chance, um die Studienbedingungen zu verbessern. Im AstA und als Juso-Hochschulgruppe konnten wir an der Universität Hamburg bereits viel dazu beitragen, dass **Studiengänge studierbar** werden, **Studierende mehr Einfluss erhalten** und alte Probleme, die es schon vor der Studienreform gab, endlich abgestellt werden können. Wir wollen, dass **jeder einen Masterplatz** bekommen kann und Rahmenbedingungen für durchdachte Studiengänge geschaffen werden. Wir sprechen uns gegen eine zu enge Regelstudienzeit sowie hohen Prüfungsdruck aus und setzen uns stattdessen für **mehr Flexibilisierung** ein, da verschiedenartige Studiengänge verschiedenartige Konzepte benötigen.

## IV. BILDUNG IN HAMBURG

### **Frühkindliche Bildung\***

KiTas und Kindergärten sind als Platz frühkindlicher Bildung von zentraler Bedeutung. Sie leisten außerdem einen wichtigen Beitrag zur Chancengleichheit in der Gesellschaft, indem sie gesellschaftliche, sprachliche und kulturelle Integration leisten. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass **alle Kinder einen KiTa-Platz erhalten**; unabhängig vom Einkommensniveau und Status der Eltern. Langfristig wollen wir gebührenfreie KiTa- und Kindergartenplätze für alle Hamburger Kinder von Geburt an. Die **letzte Gebührenerhöhung des CDU-geführten Senates muss zurückgenommen** werden.

### **Schule\***

Die schwarz-grüne Koalition hinterließ vor allem eins: Unsicherheit. Der Volksentscheid über die Einführung der Primarschule hat gezeigt, dass sich die Hamburger Schullandschaft nur mit den Eltern gemeinsam weiterentwickeln lässt. Deshalb wollen wir auf diesen Weg zurückkehren und erreichen, dass alle Schülerinnen und Schüler in Hamburg **dieselben Chancen bekommen und bestmögliche Bildung** erhalten können. Wir Jusos stehen hinter dem zehnjährigen Schulfrieden. **Wir setzen uns weiter dafür ein, dass es ausreichend Betreuungsangebote gibt und sich die Qualität des Schulangebots, insbesondere der personellen und finanziellen Ausstattung der Stadtteilschulen, verbessert.**

## V. STADTENTWICKLUNG IN HAMBURG



### Wohnungsbau\*

Zehn Jahre gescheiterte Stadtentwicklungspolitik haben zu einem katastrophalen Mangel an günstigen Wohnungen geführt. Der städtischen Wohnungsbaugesellschaft wurden jährlich 100 Millionen Euro abgeschöpft und so die Möglichkeit genommen, dem Negativtrend entgegen zu wirken. In den letzten 20 Jahren wurde nicht nur der Anteil an Wohnungen mit Sozialbindung im städtischen Bestand halbiert; es wurde auch versäumt, den Wohnungsmarkt durch ausreichenden Neubau zu entlasten. Im Jahr 2010 wurde keine einzige Wohnung von der Saga/GWG fertiggestellt. Wir setzen für die finanzielle Entlastung der Saga/GWG und für die **Erhöhung der Mittel für die Wohnungsbauförderung** ein. Ferner steht dem Mangel an günstigem Wohnraum ein eklatanter Leerstand an Gewerbeflächen und Büroräumen gegenüber. Diese verfehlte Politik hat die Mieten für Wohnungen in Hamburg explodieren lassen und treibt viele Menschen aus der Stadt. Besonders spürbar ist der Mangel an günstigem Wohnraum für junge Menschen. Wir fordern daher **eine stärkere finanzielle Unterstützung von Studierendenwerk und dem zu gründenden Auszubildendenwerk**, damit diese zusätzliche Wohnheime bauen können. Wir setzen uns dafür ein, dass **gegen Leerstandspekulationen von gewerblichen und Wohnflächen entschieden vorgegangen wird**, etwa auf dem Weg einer gesetzlichen Verpflichtung, Leerstand innerhalb von sechs Monaten zu melden. Darüber hinaus sollen Finanzbehörde und Bezirksämter sich für die Umwidmung von Gewerbeflächen in Wohngebieten einzusetzen und bei der Ausweisung von Baugebieten zunächst dem Bedarf an Wohnraum nachzukommen. Wohnungsbau muss mit einem SPD geführten Senat wieder oberste Priorität haben. Wohnungsbau muss mit einem SPD geführten Senat wieder oberste Priorität haben.

### Verkehr und Umwelt\*

Die Verkehrspolitik von Schwarz-Grün war geprägt von nicht durchdachten Großprojekten, bei denen der verkehrspolitische Nutzen nicht vermittelt werden konnte. Wir setzen uns für einen **stetigen und strukturierten Ausbau des Hamburger Nahverkehrsnetzes** ein. Dazu gehören für uns auch sinnvolle Ergänzungen des bisherigen Netzes. Der Hamburger **Nahverkehr muss weiterhin bezahlbar bleiben**. Nur so können Pendler dazu bewegt werden, auf das Auto zu verzichten.

Wir setzen uns für eine **nachhaltige und moderne Energiepolitik** ein. Für uns ist das Zusammenspiel von wirtschaftlichen Aspekten, einem wirksamen Klimaschutz und innovativen Ideen, aber auch der Versorgungssicherheit der Verbraucherinnen und Verbraucher wichtig. Für uns steht fest, dass es keinen Ausstieg aus dem Atomausstieg geben darf. Stattdessen muss in neue effiziente Kraftwerke mit Kraft-Wärme-Koppelung und in erneuerbare Energien investiert werden. Der Aus- und Weiterbau der Hamburger Netze muss an die Anforderungen der erneuerbaren Energien angepasst werden. Zur Erreichung dieses Ziels muss die Finanzierung gesichert werden. Hierfür sprechen sich die Jusos auch für die Optionen der **Rekommunalisierung der Netze** aus. Hamburg wird sich mit uns wieder für einen Ausstieg aus der Atomkraft stark machen.

## VI. ZUSAMMENLEBEN IN HAMBURG



### **Integration\***

Gute Integrationspolitik ist Grundvoraussetzung für eine positive gesellschaftliche Zukunft. Es war die SPD, die besonders in Hamburg für eine immer größer werdende **gesellschaftliche Akzeptanz von Minderheiten** gesorgt hat. Damit auch alle die selben Möglichkeiten zur Gestaltung ihres Lebens haben, brauchen wir eine zielgerichtete Integrationspolitik. Kulturelle Vielfalt soll bereichern, nicht abschrecken. Dazu bedarf es des gegenseitigen Verstehens und des Aufeinanderzugehens. Jede Form von Ausgrenzung, sei sie von außen oder durch die Menschen selbst, muss zurückgewiesen werden. Integrationspolitik sollte alle Familienmitglieder ansprechen und gezielt auf besonders schwer erreichbare Gruppen zugehen. **Das Erlernen der Sprache muss für alle Altersgruppen kostenlos möglich und verpflichtend sein.** In den Stadtteilen sollen Ansprechpartner, die bei Initiativen helfend zur Verfügung stehen, ausgebildet werden.

### **Pflege und Gesundheit\***

Der angekündigte Fachkräftemangel in der Altenpflege ist in Hamburg bereits Realität. Dem müssen wir entgegen wirken. Deswegen setzen wir Jusos uns dafür ein, die Pflegeberufe attraktiver zu gestalten. Wir wollen, dass die **Reform der Pflegeberufe auf Bundesebene** zu einer generalisierten oder integrierten Pflegeausbildung vorangetrieben und die Berufsbezeichnungen vereinheitlicht werden. Auch setzen wir uns für die **sofortige Umsetzung des gesetzlichen Mindestlohnes** im Pflegebereich ein. Die SPD steht für die solidarische Gesellschaft und ein solidarisches Gesundheitssystem, in dem jede und jeder unabhängig von seinem Einkommen die notwendigen medizinischen Leistungen erhält. Das Gesundheitswesen muss nicht nur alle schützen, sondern auch von allen nach ihrer Leistungsfähigkeit finanziert werden. Deswegen bleibt für uns Jusos das langfristige Ziel die **Einführung einer Bürgerversicherung im Gesundheitswesen**. Nur diese schließt auch die Gutverdienenden, Beamten und Selbständigen in das solidarische System der Krankenversicherung ein und kann eine Zwei-Klassen-Medizin verhindern.

## VI. ZUSAMMENLEBEN IN HAMBURG



### ***Innere Sicherheit\****

Politik der inneren Sicherheit spielt sich stets zwischen den Freiheitsrechten des Einzelnen auf der einen und der Sicherheit und dem Sicherheitsgefühl der Gesellschaft auf der anderen Seite ab. Das hohe Ergebnis für die Schill-Partei bei der Bürgerschaftswahl 2001 wurde vor allem mit dem Versprechen erreicht, die Sicherheitslage in Hamburg deutlich zu verbessern. Aber selbst in diesem Bereich hat sich die Situation in den letzten Jahren verschlechtert. Durch immer weitere Personaleinsparungen und durch eine Verlagerung des vorhandenen Personals weg von der Straße, ist die Polizeipräsenz in Hamburg so niedrig wie nie zuvor. Das werden wir ändern. Insbesondere für das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung ist eine **sichtbare Präsenz bürgernahe Beamter** unabdingbar. Im gleichen Maße werde wir aber Fehlentwicklungen in Form von immer weitreichenderen Verboten entgegentreten. Ein Alkoholverbot im öffentlichen Nahverkehr, verdachtsunabhängige Kontrollen und der Einsatz der Bundeswehr im Inneren sind klassische Reflexe einer hilflosen Innen- und Sicherheitspolitik, die uns langsam aber sicher in eine "Verbotsgesellschaft" führen ohne die tatsächlichen Ursachen zu bekämpfen.

### ***Gesellschaftliches Engagement\****

Viele junge Menschen bringen sich in Hamburg ehrenamtlich in die Gesellschaft ein. Dieses Engagement wollen wir stärken. Maßnahmen, die ein solches Engagement fördern, müssen **zukünftig finanziell besser und nicht schlechter gestellt** werden. Das gilt insbesondere bei Fördermitteln für Maßnahmen im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Außerdem wird sich die SPD im Bundesrat **für ein Verbotungsverfahren der NPD einsetzen**. Jugendliche müssen frühzeitig an demokratische Prozesse und politisches Handeln herangeführt werden. Alle Schülerinnen und Schüler in Hamburg müssen verpflichtend in den Bereichen Politik, Recht und Staatsaufbau unterrichtet werden. Des Weiteren treten wir für eine **Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre** ein, sowohl bei den Bezirks- als auch den Bürgerschaftswahlen.

## VI. ZUSAMMENLEBEN IN HAMBURG



### **Jugendhilfe vor Ort\***

Einer der wichtigsten Bereiche der Daseinsvorsorge vor Ort ist die Arbeit in der Jugendhilfe. Kommunale Stellen und die Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit bieten eine Anlaufstelle für viele Jugendliche, die andernfalls ohne Hilfe und oftmals ohne Perspektive dastehen. Die Häuser der Jugend sind wichtige Treffpunkte innerhalb der Quartiere. Die Umsetzung vieler unserer politischen Ziele, von der gezielten Förderung bildungsschwacher Jugendlicher über die verstärkte Kriminalitäts- und Suchtprävention, bis hin zum Kampf gegen Rechts, kann nur vor Ort erreicht werden. Umso gravierender ist, dass die vergangenen Senate der Bezirke nur unzureichenden Mittel für die Kinder- und Jugendarbeit bereitgestellt haben. Wir fordern daher **mehr Geld die Kinder- und Jugendarbeit in den Bezirken**, damit Häuser der Jugend erhalten, deutlich mehr PädagogInnen eingestellt werden und insgesamt eine effektive und im Stadtteil **vernetzte Struktur aus öffentlichen Stellen und freien Trägern** erhalten und verstärkt werden kann.

### **Vielfältige Kultur\***

Hamburgs Kultur zeichnete sich in den Jahren sozialdemokratischer Bürgermeister durch eine **gesunde Mischung von Hoch- und Stadtkultur** aus. Schwarz-grün verfolgte eine andere Politik: Kulturelle Leuchttürme für wenige und Schmalspur für viele. Auf der einen Seite entsteht für viel Geld die Elbphilharmonie, auf der anderen Seite wurden Stadtkulturprojekte systematisch ausgetrocknet. Wir Jusos haben immer das Ganze im Blick und wollen wieder einen Ausgleich schaffen, weil Hamburg beides braucht. **Der Zugang zu Kultur muss für alle gewährleistet sein.** Deshalb ist ein Stadtteilprojekt genauso wichtig wie eine Oper, die sich jeder leisten kann.

## VII. EUROPA UND HAMBURG



### ***Moderne Europapolitik\****

Hamburg ist ein zentraler Wirtschaftsstandort in Europa. Daher ist die Hamburger Vertretung in Brüssel (das HanseOffice) zumeist Interessensvertreter des Hafens, der Luftfahrt und anderen gewichtigen Wirtschaftsgrößen der Stadt. Das ist richtig und gut, allerdings reicht dies nicht aus. Um die Idee des sozialen Europas zu verwirklichen, muss Hamburg Vorreiter werden im Zusammenspiel von Wirtschaftspolitik (hauptsächlich europäische Kompetenz) und Sozial- bzw. Bildungspolitik. Die EU-Jugendstrategie leistet dazu einen Beitrag, jedoch kann die Hamburger Umsetzung mit dem europapolitischen Jugendkonzept des schwarz-grünen Senats dazu nichts beitragen, da kein Budget für die vielen Absichtserklärungen zur Integration, Bildungsförderung und politischer Bildung innerhalb des Konzepts aufgestellt wurde.

Wir wollen eine **moderne Europapolitik** in Hamburg und fordern die **ausfinanzierte Umsetzung der EU-Jugendstrategie**, um die Jugendlichen in Hamburg in den europäischen Wirtschaftsraum zu integrieren, um so eine Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken.